

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mkr. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 99.

Freitag, den 29. April 1898.

5. Jahrgang.

Maifeier 1898.

Parteigenossen! Arbeiter! Am 1. Mai versammelt sich Lübeck's Arbeiterschaft zu einem Demonstrationsszuge nach **Moisting**, wo eine der Bedeutung des Tages entsprechende Feier stattfinden wird. Sorge Jeder in seinen Kreisen dafür, daß die Demonstration durch die Zahl der Theilnehmer imposant wird. Am Maifeiertag darf kein Genosse, kein Arbeiter fehlen! Es gilt, abermals eine Mahnung an die herrschenden Klassen zu richten, daß die Arbeiter das einmal gesteckte Ziel nicht aus dem Auge verlieren.

Die Reichstagskandidaten der sozialdemokratischen Partei

- find:
- Im Wahlkreise Lübeck: Geschäftsführer **Theodor Schwarz**-Lübeck.
 - 1. Oldenburgischen Wahlkreise (Gutin-Oldenburg-Wirkenfeld): Buchdruckereibesitzer **Paul Hug**-Want.
 - 9. Schleswig-Holstein. Wahlkreise (Lauenburg): Bureau-Beamter **Paul Weinheber**-Hamburg.
 - 10. Schleswig-Holstein. Wahlkreise (Lauenburg): Bureau-Beamter **Friedrich Vesch**-Altona.
 - 1. Mecklenburg-Schwerin'schen Wahlkreise (Hagenow-Grevesmühlen): Schuhmacher **Carl Seß**-Güstrow.
 - Wahlkreise Mecklenburg-Strelitz: Buchhändler **Adolf Baker**-Hamburg.

Parteigenossinnen! Parteigenossen!

Der Tag der Wollschlacht ist festgesetzt — am 16. Juni wird unsere Partei in ganz Deutschland den vereinigten Reaktionsparteien im Kampf gegenüberstehen. Und kämpfen heißt für uns siegen.

Nur noch sieben Wochen trennen uns von dem Tag der Entscheidung.

Was dieser Wahlkampf zu bedeuten hat, wie viel von seinem Ausgange abhängt, das wollen wir hier nicht auseinandersehen. Das habt Ihr in dem Aufruf der Fraktion gelesen. Das hat Euch der Volksbote wieder und wieder gesagt. Und das habt Ihr Euch selber gesagt.

Das allgemeine Wahlrecht ist in Gefahr. Das Koalitionsrecht ist in Gefahr.

Die Grundlagen für die gesellschaftliche Weiterentwicklung der Sozialdemokratie, ja unseres ganzen Staatswesens sind bedroht.

Neben der Organisation, neben der mündlichen Agitation ist die wirksamste Waffe in diesem Kampf die Parteipresse, und für Lübeck und Umgegend insbesondere der Volksbote.

Der Volksbote, das geloben wir Euch von neuem, wird in diesem Wahlkampf nach bestem Können seine Schuldigkeit thun.

Aber Ihr müßt auch Eure Schuldigkeit gegenüber dem Volksbote thun. Und gerade die Wahlzeit, in welcher der Volksbote Euch am nützlichsten ist, ist auch die Zeit, in der Ihr dem Volksboten am nützlichsten sein könnt. Die Wogen des Wahlkampfes bringen Kreise in Bewegung, die in Zeiten der politischen Ruhe oder gar Windstille vom Wellenschlag des politischen Lebens nicht berührt werden. Jetzt werden sie empfänglich und zur Aufnahme unserer Lehre bereit. Dies haben die Genossen zu beherzigen, und in die Furchen, welche die Wahlagitator auf bisher uns verschlossenem Boden zieht, haben sie planmäßig das Saat Korn des Sozialismus einzustreuen. Und zur Auskrennung des Saatkorns ist die Parteipresse, ist für Euch, Lübecker Genossinnen und Genossen, der Volksbote das geeignetste Werkzeug. Je verbreiteter der Volksbote, desto weiter und tiefer

sein Einfluß; je größer sein Leserkreis, desto größer sein Wirkungskreis.

In je weitere Kreise Ihr den Volksboten einführt, desto stärker wird die Partei, desto stärker werdet Ihr selbst.

Laßt Euch den günstigen Augenblick nicht entgehen. Jetzt ist der Moment, den Abonnentenstand des Volksboten, was Ihr Alle wollt, beträchtlich zu heben. Keine Versammlung sollte verstreichen ohne Aufforderung zum Abonnement auf den Volksboten. In keinem Flugblatt sollte die Aufforderung zum Abonnement auf den Volksboten fehlen! Und wie unzählige andere Gelegenheiten bietet der Wahlkampf für die Empfehlung, für die Verbreitung des Volksboten, unseres und Eures Organs. Was Ihr für den Volksboten thut, das thut Ihr für Euch und das thut Ihr für die Partei!

Auf an's Werk!

Am 1. Mai 1898 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Lübecker Volksbote“!

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

Die Neue Welt.

Für Lübeck nehmen sämtliche Austräger und Austrägerinnen sowie unsere Expedition, Johannisstraße, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von **55 Pfennigen frei ins Haus.**

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

1,10 Mkr. für die Monate Mai und Juni entgegen. Außerdem ist natürlich das Bestellgeld zu bezahlen, falls die Leser das Blatt nicht selbst von der Post abholen. (Eingetragen ist der Volksbote in der Post-Zeitungsliste für 1898 unter Nummer 4069 a, 6. Nachtrag.)

Redaktion und Verlag des „Lübecker Volksbote.“

Politische Handschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage schreibt unser Specialberichterstatter vom Dienstag: Der Reichstag hat heute seine Arbeiten nach den Osterferien wieder aufgenommen. Der Präsident begrüßte die erschienenen Volksvertreter und sprach die optimistische Hoffnung aus, daß auch die Nichtanwesenden sich bald einfinden würden. Damit wird es wohl gute Wege haben. Zu der Anräumungsarbeit, die der Reichstag nach Herrn von Vuol's eigenen Worten nur noch zu verrichten hat, wird kein großer Andrang stattfinden. Der erste Gegenstand, der zu erledigen war, daß Gesetz über die elektrischen Maschinen, nahm nicht viel Zeit in Anspruch. Es handelte sich hierbei um rein technische Dinge, die keine allgemeinen Diskussionen zulassen. Da von keiner Seite Commissionsberatung beantragt war, wird die zweite Lesung des Gesetzes im Plenum stattfinden. Nun begann die Verathung der Lex Heinze, wie sie aus den langen Commissionsberatungen hervorgegangen ist. Der Berichterstatter erheiterte das Haus durch die Mittheilung, daß ein gewisser Dr. Heinze sich sehr bitter beim Reichstage darüber beklagt habe, daß der Gesetzentwurf nach seinem ehrlichen Namen benannt würde. Zu dem § 180, bei dem die Verathung einsetzte, lagen eine Reihe von Abänderungsanträgen, darunter auch einer von unserer Seite, vor. Ebenso griff Genosse **Stadt hagen** in die Debatte ein. Bei der Abstimmung bezweifelte Abg. **Nichter** die Beschlußfähigkeit des

Hauses, und es stellte sich heraus, daß nur 132 Abgeordnete anwesend waren. Die Verathung mußte also abgebrochen werden.

Nationalliberaler **Rahenjammer**. Die „Frl. Ztg.“ schreibt:

„Dem nationalliberalen Parteitag, der am Sonntag in der Reichshauptstadt zusammentreten soll, sieht man in der veranstaltenden Partei offenbar mit bangen und elegischen Gefühlen entgegen. Hr. v. Bennigsen wird auf diesem Parteitag sein Schwannensied singen. Er hält zum letzten Male die einleitende Ansprache, hat aber nach der „Natlib. Kor.“ zugleich „in sehr bestimmter Form“ den Wunsch zu erkennen gegeben, fortan bei äußeren Veranstaltungen nicht mehr in Anspruch genommen zu werden. Es ist ihm nach vierzigjähriger politischer Wirksamkeit bitter Ernst mit seiner Flucht aus der Öffentlichkeit. Während sein früherer Mitstreiter, **Johannes von Miquel**, noch rüstig an dem Sammlungsgebiete arbeitet und als Liebling der Götter und Agrarier sich der vollen Gunst der herrschenden Gewalten erfreuen darf, die er sich durch den „Schritt vom Wege“ in Heidelberg erworben hat, ist Herr von Bennigsen als vornehmster Repräsentant des Nationalliberalismus von einst nahezu isolirt. Er scheidet aus einer Partei, die nicht mehr seine Partei ist, aus einer Führerschaft, die nur noch dadurch aufrecht erhalten wird, daß er sie nicht auslächelt, und aus einer Stellung, die längst von untergeordneten Geistern occupirt wurde. Man wird den Scheidenden mit Rosen und Lorbeer umkränzen, ihm zujubeln und zujubeln, aber dem alten Herrn wird das laum die Augen umnebeln: er wird es trotzdem sehen, wie klein die Lücke ist, die zurückbleibt, wenn er aufsteht und davongeht. Der Anlaß wird für ihn sehr verlockend sein, der Partei in dieser Abschiedsrede so etwas wie ein politisches Testament zu hinterlassen, etwa anklingend an den bekannten Einigungsbrief im Reichstag, der eigentlich seine letzte politische Betätigung war, aber ohne Folgen echolos verflungen ist. Inbessen ist Herr von Bennigsen ein Mann der Resignation. Er wird sich umsehen im Reiche, wird die Stellung der Nationalliberalen prüfen, und finden, daß sie allenthalben mit dem Lobfeind des Bürgerthums vermengt sind, so durchführt von Zunkerthum und Reaktion, daß sie nicht mehr loszulösen sind. Wäre er ein Mann von schwachen Nerven, so machte er es wahrscheinlich wie der Herr **Bürlin**: er ginge hinaus und meinte bitterlich! So wird die „einleitende Ansprache“ am Sonntag unter dem Gesichtspunkt eines letzten staatsmännischen Opfers für die Partei zu betrachten sein, immerhin eines widerwillig versprochenen Opfers, dessen etwaige Wiederholung sich Herr von Bennigsen vorsichtig und sofort „in sehr bestimmter Form“ verbeten hat. Voll Bangigkeit wünscht der „Hann. Cour.“ diesmal den Verfasser des vom Parteitag aufzustellenden Wahlprogramms „eine besonders glückliche Hand“. Er fordert „eine klare und bestimmte Antwort“ auf die Fragen, die die Wähler bewegen. „Das Ueberflüssigste nicht nur, sondern das Schädlichste sind Programme, die, um weder hier noch dort anzustoßen, in all gemeinen Unbestimmtheiten sich bewegen und deshalb hüben wie drüben, innerhalb wie außerhalb der Partei ohne Eindruck bleiben.“ Wie wahr ist das und wie ausgezeichnet, der Ausdruck höchst eigener Erfahrung der nationalliberalen Partei. Wir unserselbst könnten die Erfüllung des Verlangens des hannoverschen Blattes nur wünschen. Die Botschaft hören wir, aber der Glaube fehlt uns. Was bliebe denn der nationalliberalen Partei übrig, wenn sie zu allen Fragen eine klare und deutliche Stellung einnehmen wollte? Die Sezession, das Auseinanderfallen in verschiedene Bruchstücke!“

Vom reaktionären **Freisinn**. Die „Frl. Ztg.“ meldet: Der **Nürnberg**er Magistrat verbot auf Grund eines in geheimer Sitzung gefaßten Beschlusses wegen Belästigung und Gefährdung des Straßenverkehrs den von den Sozialdemokraten zur Maifeier geplanten Festzug. — In **Nürnberg** hat der **Freisinn** das Fest in Händen. Nach ihren Thaten werden wir die Herren beurtheilen, nicht nach ihren glatten Worten.

Freibier. Die „Danz. Ztg.“ veröffentlicht ein vertrauliches Zirkular des Vorstandes des konservativen Vereins zu **Neustetten** an die Amtsvorsteher, Ortsvorsteher und Gemeindevorsteher. In dem Zirkular heißt es nach eingehenden Instruktionen über das Verhalten in den antisemitischen Versammlungen:

„Baare Auslagen, die Sie aus diesem Anlasse haben sollten (event. auch für Freibier usw.) sind wir bereit, Ihnen zu erstatten und bitten zutreffenden Falles um deren Angabe.“

Diese Zusage von **Freibier** ist besonders bezeichnend für die konservative Parteileitung in **Pommern**.

Norwegen.

Zur Erweiterung des Wahlrechts. Der „Frel. Ttg.“ wird aus Christiania geschrieben:

„Das Storthing hat den Vorschlag des besonderen Ausschusses angenommen, laut welchem alle Bürger ohne Ausnahme das Wahlrecht für die Volksvertretung Norwegens, das Storthing, erhalten, vorausgesetzt, daß sie ein Alter von 26 Jahren erreicht haben und nicht bestraft sind. Da der Vorschlag mit 78 Stimmen von 114 angenommen worden ist, also mit mehr als Zweidrittel Mehrheit, so erhält derselbe sofort gesetzliche Kraft, selbst gegen den Willen des Königs. Die sozialdemokratische Partei wollte die Altersgrenze auf 21 Jahre festsetzen und das Stimmrecht auch auf alle Bürgerinnen ausdehnen, fand aber für diese Vorschläge keine Zustimmung. Am 17. Mai, dem sogenannten „Landsdag“, werden nun überall im Lande zu Gunsten des Stimmrechts der Frauen und Mädchen, die über 26 Jahre alt sind, Kundgebungen veranstaltet werden. Man glaubt, daß die Sozialdemokraten bei den nächsten Wahlen (im Jahre 1900) Alles daran setzen werden, ihre Forderungen durchzuführen und es ist nicht unwahrscheinlich, daß es ihnen gelingen werde. Thatsächlich war es die Abreger nicht sehr zahlreiche sozialdemokratische Partei, die bei den Wahlen von 1897 den Wahlkampf zu Gunsten der Radikalen entwarf. Durch die nunmehr in Kraft tretende Reform wird diese Partei einen sehr großen Zuwachs erhalten. Die konservative Partei hält natürlich die vom Storthing beschlossene Reform für „verhängnisvoll“ und schmätzt dieselbe in ihrer Presse als „Stein der Dummheit.“

In Deutschland ist man überall beunruhigt, das Wahlrecht zu verschlechtern.

Oesterreich-Ungarn.

Zum Irrenhause? Nach einer Meldung eines Montagblattes soll Graf Wadeni geistesgestört und in einer Nervenheilanstalt an der Riviera untergebracht sein. (?) In Lemberg werde aus der Erkrankung kein Geheimniß gemacht. Irrenhaus oder — Buchhaus?

Schweiz.

Große Erfolge haben bei den Wahlen am letzten Sonntag unsere Schweizer Genossen zu verzeichnen. Es wird uns hierüber aus Zürich gemeldet: Der bedeutungsvollste Wahlsieg, den die schweizerischen Parteigenossen bisher bei städtischen Wahlen zu verzeichnen hatten, haben sie in Winterthur, einer der wichtigsten Städte des Landes, erzielt. Es wurden 23 Sozialdemokraten, 11 Demokraten und 11 Liberale gewählt. Unsere Genossen genannt 5, die Demokraten 2 Sitze, welche den Freisinnigen abgenommen worden sind. Die Kompromißliste der Sozialdemokraten und der Demokraten hatte durchschlagenden Erfolg, wenn auch das Mehr kein erhebliches war. — In Zürich wurden von den 37 aufgestellten sozialdemokratischen Kandidaten 21 in den Großen Stadtrath gewählt. In denselben stehen nunmehr 57 Liberale 61 Sozialdemokraten und Demokraten gegenüber.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübener Volksboten“.)

Berlin, den 27. April 1898.

Aus dem Reichstage. Die heutige Sitzung gestaltete sich ganz gegen alles Erwarten sehr lebhaft. Beim Nachtragsetat setzte eine große Sozialistendebatte ein, welche in mannigfacher Beziehung interessant war. Die Nähe der Wahlen macht sich bemerkbar. Die Parteien fühlen das Bedürfnis, mit aller Schärfe ihren programmatischen Standpunkt hervorzuheben und mehr als die Parteien noch die Regierung. Genosse Liebknecht hielt eine große Rede, die unsern Standpunkt zur Colonialpolitik auf das Beste darlegte. Er setzte die Zustände im Innern in Vergleich zu der Großmachtpolitik nach Außen und gab in scharfen Zügen ein Bild der gesammten politischen Lage. Mit jugendlicher Frische ging er ins Feuer. Nichts verrieth die Ermüdung des Alters, es ist, als hätte er aus der Gefängniszeit neue Kräfte für den Tageskampf geschöpft. Gegen die Ausführungen unseres Genossen polemisierten von den gegnerischen Parteien nur die Antisemiten durch Herrn Förster und die Conservativen durch Herrn Kardorff, beide recht unglücklich. Um so mehr trat Graf Posadowsky hervor. Der Herr Staatssekretär des Innern führt beständig das Bedürfnis, sich als großer Sozialistendokter aufzuspielen. So erzählte er heute wieder die alte Geschichte von den revolutionären Tendenzen der Sozialdemokratie. Er holte sich von dem Genossen Bebel, der auch Herrn v. Kardorff nicht vergaß, eine kräftige Abfuhr. Die zweite Rede des Grafen Posadowsky war noch bizarrere als die erste. In dem ersten Theile seiner Ausführungen malte er wieder das rote Gespenst an die Wand, im zweiten Theile aber erkannte er die Nothwendigkeit einer Arbeiterpartei an und redete den Unternehmern, die er vorher aufgefordert hatte mit der Regierung im Kampfe gegen die Sozialdemokratie Hand in Hand zu gehen, tüchtig in's Gewissen. Er gab die Erklärung ab, daß die Regierung nicht daran denke, ein neues Sozialistengesetz zu beantragen, weil die besitzenden Klassen sich dann hinter das polizeiliche Schutzschild vertrieben und ihrerseits den Kampf gegen den Umsturz lässig betreiben würden. Uebertrampelt wirkte es, daß der Herr Graf die Beschwerden, die Genosse Regien über die Zustände im Baugewerbe kürzlich im Reichstage vorgetragen hatte, als durchaus berechtigt anerkannte und baldige Abhilfe zusagte. Der Nachtragsetat selber wurde der Budgetkommission überwiesen und dann noch die Novelle zur Konkursordnung en bloc angenommen.

76. Sitzung.

Am Bundesrathssitzung: Graf Posadowsky, v. Bülow, v. Goltz, Lieberding, Frhr. v. Thielmann, Tirpitz. Präsident von Bülow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Nachtragsetats für 1898.

Derselbe enthält Forderungen in Höhe von 7 787 885 M. und zwar 1 109 290 M. an fortwährenden und 6 678 605 M. an einmaligen Ausgaben. Außer einer Reihe kleinerer Verwaltungsausgaben für die Messorts des Reichsamts des Innern, der Post- und Telegraphenverwaltung, der Reichsdruckerei, der Marine- und Eisenbahnverwaltung werden für die Verwaltung des Gouvernements „Kiautschau“ 6 Millionen und für die Unterhaltung regelmäßiger Dampferverbindungen mit Ostasien nach Maßgabe des angenommenen Postdampfer-Subventionsgesetzes 1 Million Mark gefordert.

Herr Dr. Lieber (B.) beantragt, den Nachtragsetat an die Budgetkommission zu verweisen. Die einzelnen Positionen müßten doch einer näheren Prüfung unterzogen werden. Ueber die Staatsanleihe des Reichs müsse eine beruhigende Erklärung dahin abgegeben werden, daß Aussicht darauf vorhanden sei, daß zur Deckung der wirklichen reichseligen Einnahmen ausreichen werden, daß die Ueberweisungen nicht verkürzt werden brauchen und die Mittel zur Schuldentilgung nicht geschmälert werden. Die Forderung für Kiautschau werde in dieser Form bewilligt werden müssen, aber die Kommission werde doch eine eingehendere Begründung derselben fordern müssen. Es müsse insbesondere der Kommission ein vollständiges Altematerial über die Erwerbung des Reichgebietes vorgelegt werden. Insbesondere sei zu prüfen, inwieweit die militärische Besetzung von Kiautschau auf die Dauer ausreicht zu erhalten und das Gebiet der Marineverwaltung zu unterstellen sein werde. Mit den übrigen Forderungen des Nachtragsetats sei er im Wesentlichen einverstanden, er vermisste aber eine Forderung zur Aufbesserung der Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Reichspostsekretär Frhr. v. Thielmann erwidert, daß nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen sich annehmen lasse, daß die Forderung für Kiautschau in den reichseligen Einnahmen finden werde.

Richter (Freis. Volksp.) will der Bewilligung der Forderung für Kiautschau keinen Widerspruch entgegenstellen, hat aber doch nicht erwartet, daß die Forderung schon jetzt eine solche Höhe erreichen würde. In der Kommission werde daher Auskunft darüber gefordert werden müssen, wie man sich die Verwendung der Summe denke, wie viel davon zu fortwährenden Ausgaben, wie viel zu einmaligen bestimmt sind; ferner darüber, welche Pläne man über die wirtschaftliche Ausbeutung des Hinterlandes durch Eisenbahnen und Bergwerke hat und in wie weit die Privatgesellschaften zu den Verwaltungskosten herangezogen werden sollen; daß die Gehälter der Postunterbeamten erst im nächsten Jahre aufgebessert werden sollten, finde auch er befremdend, zumal man in Preußen Mittel genug habe zu einer Aufbesserung der Gehälter der Weislichen. Bezüglich der Finanzierung des Nachtragsetats werde ein Vorbehalt dahingehend eingeführt werden müssen, daß eine Erhöhung der Motrikularbeiträge eintreten dürfe.

Dr. Baasche (natlib.) giebt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Forderung für Kiautschau selbst beim Abg. Richter keinen Widerspruch gefunden hat. Auch er stimme derselben natürlich zu, er danke aber besonders der Regierung für die Einstellung einer Forderung zu Untersuchungen über Viehsuchen. Auch er hätte es gern gesehen, daß die Gehälter der Postunterbeamten, ebenso aber auch die Pensionen der Militärinvaliden schon in diesem Nachtragsetat eine Erhöhung gefunden hätten.

Liebknecht (Soz.) erklärt sich gegen die Erwerbung von Kiautschau, das nichts weiter sei, als ein Dreackel. Der Name sei ja gleichbedeutend mit Vehmstadt oder nach unseren Begriffen Schmutzstadt. Das deutsche Reich habe kein Interesse an solchen Erwerbungen, die nur den Herren Exporteuren zu Gute kommen. Künstlich ist eine Begeisterung herbeigeführt worden durch gewisse „Thaten.“ Auf der Flottenparade wurden plötzlich militaristische Anschauungen laut, ohne Wurzeln in unserer Zeit. Und plötzlich wird ein Kreuzzug gepredigt. Ein deutscher Bürger in Haiti ist in seinem Handelsrecht verletzt worden, da heißt es mit einem Male: Civis romanus sum! Das Recht des deutschen Staatsbürgers Lande von Meilen von hier wird gewahrt, und bei uns wird eben dieses Recht Tag für Tag Nacht für Nacht mit Füßen getreten. Ein ähnliches Stück von politischer Heuchelei ist niemals aufgeführt worden! (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten. Redner verliest hierauf zur Beleuchtung der einheimischen Polizeiwirtschaft einen Brief eines deutschen Staatsbürgers, der ohne den geringsten Grund mitten in der Nacht auf die Polizeibehörde geschleppt wurde, wird hierbei aber vom Vizepräsidenten unterbrochen, der dies als nicht zur Sache gehörig bezeichnet. — Dann kam der zweite Kreuzzug nach Kiautschau. Da fährt unsere Flotte mit einem Mann aus, der die gepanzerte Faust gegen irgend einen geheimnißvollen Feind schütteln soll. Seine Schicksale gehören der niedrigsten Sorte der Komödie an, sie sind das Gespött der ganzen Welt geworden. (Große Entrüstung und wachsende Unruhe rechts.) Die komische Odyssee führt schließlich dazu, daß man ein Stückchen Land nimmt; was soll uns dies? Es ist ohne das Hinterland ja absolut werthlos. Ja so: der Handel braucht eine Flotte, diese braucht Stationen. Aber es ist längst bewiesen worden: der deutsche Handel braucht keine Flotte, er hat den französischen, der eine Flotte hatte, längst überflügelt und wenn man da sagt: ein Land ohne Flotte hat keine Achtung! ich kenne ein Land, das keine Flotte hat, und dessen Namen im Auslande ebenso einen guten Klang hat — ich meine die kleine Schweiz. Der Schweizer wird höher geachtet als der Deutsche, weil er die Tugenden eines freien Volkes hat. Was Sie für deutsche Tugenden halten, wird im Auslande verlacht. Bedientenhastigkeit ist nicht im Kurs da draußen (Große Aufregung und Lärm rechts), auch nicht das despotische Wesen, das Anschmarren von oben, kurz das ganze Chinesentum, das jetzt das europäische Reich der Mitte durch eine Art von Wucherhandelschaft ins asiatische zieht (Große Heiterkeit und Erregung.) Der Zug zur Colonialpolitik ist freilich unzulässig: der Kapitalismus hat seine bisherigen Domänen ausgegräbt, nun braucht er neue. Da kam der Plan von der Auftheilung Chinas. Die deutsche Politik hatte zu wählen zwischen der englischen Politik — Entwicklung der industriellen Hilfsquellen Chinas und Antinippon von Handelsverbindungen — und der Erobererpolitik des russischen Barbarenvolkes. Und es fanden sich in Berlin Leute, die bereit waren, für Rußland das Verlöbniß anzuheben: die Deutschen erschienen in Kiautschau; Niemand hat es ernst genommen, namentlich bei der Circus-Reflexe im Kieler Hafen.

Präsident von Bülow ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Liebknecht (fortfahrend): Es ist das ein Ausdruck, den Tausende gebraucht, den jeder Deutsche gedacht hat (Bravo!). Für ein Barbarenvolk wie Rußland ist ein Krieg eine Kleinigkeit; was liegt dem Russen daran, ob er im Vaterlande verhungert oder im Krieg ist? Ein civilisiertes Volk, wie die Engländer, beginnt nicht so leicht einen Krieg! (Widerspruch.) Und wenn es dies thut, dann sollen Sie etwas erleben! Wir können in einem Jahrzehnt keine Flotte schaffen, die es mit der englischen aufnehmen kann, der Vorsprung wird stets bleiben. Und England hat den Vorzug, daß es nur eine Seemacht ist und keine Landmacht. Wir können nicht zu gleicher Zeit die größte Landmacht und die größte Seemacht sein. Das heißt die Kerze an beiden Enden anzünden. Was wird an den geforderten 6 Millionen für Kiautschau nicht noch alles hängen! Das dicke Ende kommt noch nach. Da redet man von Weltpolitik! Ich dachte immer: Deutschland ist bereits eine Weltmacht! Soll es nun aber der Weltgenossen darinnen werden, der in Alles seine Nase hineinsteckt? (Große Heiterkeit.) Man hat uns hier von den Millionen von Auswanderern erzählt. Warum sind aber diese Leute ausgewandert? Weil die politischen Zustände in Deutschland den Leuten das deutsche Vaterland verhasst gemacht haben. (Lebh. Bravo! links.) In Amerika erklärten mir 1886 Deutsche auf mein Befragen, warum sie ausgewandert seien:

wegen des Schandgesetzes, wegen des Sozialistengesetzes! 1866 waren wir Oesterreich aus Deutschland hinaus, weil die Dynastie der Hohenzollern sich nicht mit den Habsburgern vertragen konnte. Das war wohl im Interesse der deutschen Nationalität? Redner geht dann auf die zivilisatorischen Aufgaben ein, die für das Deutschland in Oesterreich vorhanden waren; man kümmerte sich nicht um sie, weil die dynastischen Interessen Uneinigkeit in das Volk getragen. Unsere jetzige Politik könne und nicht zu neuem Aufsehen verhelfen. Die Rolle, die wir im europäischen Konjunkt vor Areta gespielt, habe uns nur dem Fluch der Lächerlichkeit preisgegeben. (Lachen.) Man sollte lieber die sozialen Nothstände im Innern bessern. Statt dessen bekämpfe man das Koalitionsrecht und die Freizügigkeit. Nur weil die Regierung sich ihrer Schwäche voll bewußt sei, habe sie den ganzen Flottenwandel inszeniert.

Präsident von Bülow: Diesen Ausdruck muß ich entschieden rügen und zurückweisen. (Beifall.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Ueber den vom Vordredner erwähnten angeblichen Mißgriff der Polizei ist auch mir eine Beschwerde zugegangen. Dieselbe wird geprüft und falls sie begründet sein sollte, wird Abhilfe geschaffen werden. Ueber die Ausbeutung Deutschlands durch den Kapitalismus hat sich Abg. Liebknecht in einer Zeitschrift ganz anders ausgesprochen. Was soll man von der sozialdemokratischen Ausbeutung sagen, wenn dieselbe sogar Betriebe wie die des Herrn Krupp expropriieren wollen. Im Lande wird man es als eine Klärung ansehen, daß durch die heutige Rede des Abg. Liebknecht dargelegt worden ist, daß sich die Sozialdemokratie keineswegs zu einer Reformpartei umgestaltet habe. Eine deutsche Regierung wird jedenfalls niemals derartigen sozialdemokratischen Tendenzen huldigen können. Sie muß es sich merken, daß die Sozialdemokratie nur ihre Taktik geändert hat, daß sie nach wie vor eine revolutionäre Partei ist und an die Stelle einer geordneten Regierung ein Arbeiterdespotie setzen will. (Lachen bei den Sozialdem.) Diese aber wollen wir nicht. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Bülow erklärt sich bereit, in der Kommission jede gewünschte Auskunft zu erteilen. Er versichere aber schon heute, daß Deutschland bei seinem Vorgehen keineswegs an eine Auftheilung Chinas gedacht habe. In eine solche glaube er auch heute noch nicht. Aber Deutschland wolle, wenn es auch nicht den Sibirienried spielen möge, doch auch nicht das Asienbrübel sein. (Bravo!)

Bebel (Soz.): Unser Einfall in China war nicht gerade ein Zeichen besonderer Freundschaft. (Sehr richtig bei den Sozial.) Ich wollte übrigens nur auf einige Neuerungen des Herrn Staatssekretär Posadowsky eingehen. Er hat mit einer Erregung und einem Eifer gesprochen als sagte er hier das Letzte und Unbekannteste, indem er darzulegen versuchte, daß die Sozialdemokratie unter allen Umständen die alle bleiben werde. Wir haben jedoch jeder Zeit auch unter dem Sozialistengesetz gesagt: machen Sie, was Sie wollen, wir bleiben, was wir sind. Herr Posadowsky hat die gesammten bürgerlichen Parteien zum gemeinsamen Kampfe gegen uns aufgefordert. Was uns jedoch immer mehr Wobden verächtlich, ist, daß die breite Masse des Volkes immer mehr zu der Ueberzeugung kommt, es gebe nur eine Partei im Reichstage, die wirklich für die Interessen des Volkes eintritt, die Sozialdemokratie! (Lebhaftes Bravo! b. d. Soz.) Der Herr Staatssekretär sagt, worin die Reaktion sich denn zeige! Ich erinnere ihn nur an die Debatten über die Freizügigkeit im Abgeordnetenhaus, an das ungläubige Versprechen, das der Minister für Landwirtschaft im Namen der Regierung dort abgegeben hat, an die Art und Weise, wie das Vereins- und Versammlungsrecht in Preußen gehandhabt wird. Mit einer Politik, die in allen übrigen Kulturstaaten Europas von der ungeheuren Mehrheit der Nation und der Volksvertretung auf das Entschiedenste zurückgewiesen werden wurde, züchten Sie die Sozialdemokratie groß, Sie sind es, die der Sozialdemokratie Hunderttausende und Millionen zuführen! (Beifall rechts.) Die Vobhudeleien, die auf der Landesversammlung der konservativen Partei der sächsischen Regierung gesendet wurden, daß sie den sächsischen Arbeitern das Wahlrecht genommen hätte, verriethen, wie sie den Arbeitern gegenüber denken, wie sie ihnen das letzte Bischen Freiheit und Recht, das sie noch haben, nehmen wollten, wie es ihre Sehnsucht ist, die Arbeiter wieder zu Heloten zu machen, sie wieder an die Scholle zu fesseln. Gegenüber diesen Thatsachen werden Sie mit allen Aufschuldigungen gegenüber der Sozialdemokratie ungeheuer wenig Beifall und Glauben bei den Arbeitern finden. Was wir in Zukunft erstreben wollen, wenn wir auf legalen Wege die Macht erreicht haben — auf dem Wege der Agitation und Volksaufklärung — daraus haben wir niemals ein Behl gemacht, das bejaht deutlich unser Programm. Herr Posadowsky sagt: Wir wollen die Besitzenden aus ihrem Besitz treiben. Nein, Herr Graf, das brauchen wir nicht, das besorgt schon die kapitalistische Entwicklung. Nur wenn Sie dafür sorgen, daß diese kapitalistische Entwicklung aufhört, und dazu sind Sie außer Stande, werden Sie die Sozialdemokratie los, nicht eher. Können Sie das nicht, dann sind Sie eines Tages mit Haut und Haaren der Sozialdemokratie verfallen, mögen Sie wollen oder nicht. (Lebhafter Beifall b. d. Soz. Lachen rechts.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Die Sozialdemokratie hat ihre alten revolutionären Ziele nicht aufgegeben. Seit Jahrzehnten bekämpfte ich mich mit der sozialen Frage. Abg. Bebel: Aber mit sehr geringem Erfolge! (Heiterkeit links.) Die Sozialdemokraten wollen, wie ein Artikel des Dr. Cour. Schmidt im „Vornwärts“ über Endziel und Bewegung kürzlich gesagt hat. Die kapitalistische Klasse erst müßte werden und dann binnen zwei Minuten Rücksprache mit ihr halten. Redner führt des Vätergen aus, daß es falsch sei, von einer Auslieferung der Sozialdemokratie zu sprechen. Die Regierung denkt aber nicht an ein neues Sozialistengesetz, weil den bürgerlichen Klassen damit ein polizeiliches Saugmittel gegeben würde, worauf sie sich allein verlassen würden. Das Vorgehen müsse sich bewußt sein, daß die sozialdemokratische Bewegung sich gegen allen Beschäftigt, daß es also mit der Regierung Hand in Hand gehen muß in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Was zur Verringerung der Lage der arbeitenden Klassen geschehen könne, werde auch weiterhin geschehen, auch damit werde man den Sozialdemokraten Boden abgewinnen. Alle revolutionären Tendenzen müßten aber entschieden bekämpft werden. Er verweist darauf, daß die Mißstände im Baugewerbe demnächst beseitigt werden sollen. Auch in anderen Richtungen dürfe alles Mögliche geschehen. Aber revolutionäre Bestrebungen dürfe der Staat nicht dulden. (Beifall rechts.)

v. Kardorff (Reichsp.) bedauert, daß die Regierung der Sozialdemokratie gegenüber nicht immer die Energie bewahrt habe, die zur Zeit des Fürsten Bismarck gelibt worden. Die Agitationen der Sozialdemokraten gingen darauf aus, die Arbeiter zu verwirren. In keinem Lande sei so viel für die Arbeiter geschehen, wie in Deutschland. Die Rede des Abg. Liebknecht braucht man wohl nicht recht ernst zu nehmen. Er gehe auf sie garnicht ein. (Beifall.) Er wolle sich nicht über Kiautschau verbreiten, er wolle nur den Bedenken Ausdruck geben, daß für die zu errichtende Biologische Station vielleicht die Luft in Berlin und seinen nächstgelegenen Vororten nicht gesund genug sein möchte.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, die Prüfung dieser Frage, sowie derjenigen über die Errichtung eines eigenen mechanisch-technischen Reichsanstalt sei noch nicht abgeschlossen. Dr. Förster (Ant.) tritt den Ausführungen des Abg. Liebknecht gegenüber, die beleidigend für alle Parteien im Hause seien, und die diese gerade als Beschimpfungen empfinden müßten.

Vizepräsident Schmidt erklärt es nicht für zulässig, daß Redner die Ausführungen eines Abgeordneten als Beschimpfungen bezeichne. Ob solche vorliegen, habe lediglich der Präsident zu entscheiden.

Förster (fortfahrend): Auch seine Freunde suchten die Lage

des Volkes zu bessern, sie seien allerdings ehrliche Männer, die von Neidlichkeit gegen die Wahlen nichts wissen wollen.
Webel erwidert, die Partei, der Vorredner angehört habe, die aber bereits in Verfall begriffen sei, verfolge doch rein reaktionäre Ziele. Abgeordneter von **Karlsruhe** habe kein Recht, von einer Ausbeutung der Arbeiter durch die Sozialdemokratie zu sprechen. Er habe als Ausschichtsrath der ober-schlesischen Zinkhütten, in denen die Arbeiter das elendste Leben führen müssten, einen Entbehrungslohn von 27 000 Mk. erhalten, der doch den Arbeitern besser zu Gute gekommen wäre. Graf **Paschowsky** habe heute einmal den Klassenkampf in bester Form proklamirt, daneben es aber so hingestellt, als sei die Regierung bemüht, alle Mißstände zu beseitigen. Letzteres solle er nur ausführen, dann werde er der bestehenden Gesellschaft den besten Dienst leisten. Aber man traue ihm nicht, und er werde sehen, daß im nächsten Reichstage noch mehr Sozialdemokraten sitzen werden.

Fischer entgegnet, seine Partei habe schon sehr viel zur Beseitigung der Mißstände getan und werde auch trotz der Angriffe des Abg. **Webel** in ihrer Beseitigungspolitik nicht erlahmen. Damit schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die zweite Berathung der Novelle zur Konvention in Verbindung mit der zweiten Berathung des vom Abg. **Mintelen** (C.) beantragten Novelle zur Konvention.

Der **Mintelen** beantragt, die Vorlage an bloc anzunehmen und seinen Antrag für erledigt zu erklären.

Dieser Antrag findet keinen Widerspruch.

Die Vorlage wird darauf in zweiter Berathung an bloc angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Antrages von **Sa. lisch** und **W. (K.)** auf Abänderung der Bestimmungen der Strafprozessordnung und der Zivilprozessordnung über die Eidesleistung.

Nachdem Abg. **Stadthagen** zunächst mit Rücksicht auf die mäßige Befehung des Hauses Ablehnung des Antrags von der Tagesordnung beantragt, diesen Antrag aber nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte zurückgezogen, werden die §§ 343-442 der Zivilprozessordnung debattelos angenommen.

Als § 443 beantragt Abg. **Mintelen** folgende Vorschrift einzufügen: „Der Eid beginnt mit den Worten: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“ und schließt mit den Worten: „So wahr mir Gott helfe“. Dem Schwörenden ist gestattet, den Schwörenden die Eidesformel eine seinem Glaubensbekenntnis entsprechende Bekräftigungsformel hinzuzufügen.“

Staatssekretär **Meberding** bittet das Haus, von der Annahme dieses Antrags abzusehen. Er habe schon in der Kommission darauf hingewiesen, daß die jetzt geltende Art der Eidesleistung bisher zu keinerlei Mißständen geführt habe. In konfessionellen Bedenken liege dabei kein Anlaß vor, da bereits in fast allen Bundesstaaten die Hinzufügung der konfessionellen Bekräftigungsformel zugelassen sei. Wer solle denn auch zu bestimmen haben, welche Bekräftigungsformel als konfessionell anzuerkennen sei, wenn man eine so allgemeine Fassung beschließe? Das Gericht könne doch unwillkürlich alle beliebigen Formeln zulassen. Lasse man es beim bestehenden Recht, so werde es dem Ermessen des Richters in jedem einzelnen Falle überlassen, welche Formel er zulassen wolle. Das genügt in der Praxis vollkommen.

W. (K.) tritt ebenfalls dem Antrage entgegen, zu dem ein Anlaß nicht vorliege, denselben Annahme aber der Willkür Thor und Thür öffnen würde.

Der **Spahn** (C.) verweist darauf, daß der konfessionelle Zusatz in der Militärprozessordnung zugelassen sei. Dort werde man ihn hoffentlich beibehalten mit Rücksicht darauf, daß auch beim Fahren die konfessionelle Eidesformel angewandt werde.

Sa. lisch (K.) bemerkt, seine Freunde hätten mit Rücksicht auf die Erklärungen des Staatssekretärs in der Kommission, daß der Zusatz der konfessionellen Formel auch weiterhin gestattet werden würde, von der Stellung eines Antrages im Sinne des Antrags **Mintelen** abgesehen. Da nun aber ein Antrag vorliege, könnte durch dessen Ablehnung der Auffassung Raum gegeben werden, als sollte damit an dem geltenden Rechte etwas geändert werden. Um dem vorzubeugen, werde er jetzt für den Antrag **Mintelen** stimmen, in der Voraussetzung, daß bis zur dritten Lesung eine Fassung vereinbart werde, der auch die Regierung zustimmen könne.

Staatssekretär **Meberding** versichert dem Vorredner, durch Ablehnung des Antrages **Mintelen** würde keinerlei Neuerung geschaffen werden. Die konfessionelle Formel werde nach wie vor in jedem einzelnen Falle vom Richter zugelassen werden.

Graf **Bernstorff-Lauenburg** (Reichsp.) äußert sich im Sinne des Abg. v. **Sa. lisch** und will mit demselben für den Antrag **Mintelen** stimmen.

Mintelen giebt der Befürchtung Ausdruck, daß nach Ablehnung des Antrages manche Richter annehmen müssen, die Bekräftigungsformel solle nun generell nicht mehr zugelassen werden.

Staatssekretär **Meberding** erklärt diese Befürchtung für ganz unbegründet. Er sei ermächtigt, Namens der verbündeten Regierung zu erklären, daß an der Rechtslage durch die Ablehnung des Antrages nichts geändert werden würde.

Stadthagen (S.D.) spricht sich gegen den Antrag **Mintelen** aus und entnimmt aus der ganzen Debatte, daß es doch sehr gefährlich sein würde, den Antrag **Sa. lisch** überhaupt noch in dieser Session zur Verabschiedung zu bringen.

Darauf vertagt sich das Haus.
 Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Weltpost-Übereinkommen; Handelsprovisorium mit England; Resolutionen zum Etat, deren Berathung vor den Osterferien ausgesetzt worden; Fortsetzung der heutigen Berathung.)
 Schluß 6 Uhr.

Liberei und Nachbargebiete.

28. April.

Achtung, Tischler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister **Torkuhl** beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Achtung, Bäcker! Ueber die Brodfabrik von **Erwers, Kommandit-Gesellschaft, Rakeburger Allee 106**, ist wegen Entlassung von drei Kollegen die Sperre verhängt. Zugang ist fernzuhalten.

Der Vorstand
 der Zahlstelle Lübeck des „Deutschen Bäcker-Verbandes.“
F. A.

L. Breithaupt.

Auslegung der Wählerlisten. Der Senat giebt bekannt: Nach dem Reglement zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1869 und nach der Bekanntmachung, betreffend eine Abänderung des Reglements vom 24. Januar 1872, sind in Bezug auf die Wahl eines Abgeordneten zum Reichstage dem Bürgerausschusse die folgenden Wahrnehmungen übertragen: 1. die Festsetzung des Tages, an welchem die Auslegung der Wählerlisten zu beginnen hat; 2. die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten; 3. die Ernennung eines Wahlvorstehers und eines Stellvertreters desselben für jeden Wahlbezirk des Wahlkreises Lübeck; 4. die Bestimmung des Wahllokals; 5. die Ver-

anlassung einer Neuwahl im Falle der Ablehnung der Wahl, oder wenn der Reichstag dieselbe für unzulässig erklärt. — Unter Bezugnahme auf die im Abdruck anliegende Bekanntmachung vom 27. April dieses Jahres läßt der Senat mit dem Bemerkten, daß die Gemeindevorstände angewiesen sind, die Ausstellung der Wählerlisten dergestalt zu beschleunigen, daß die Auslegung am 18. Mai d. J. ihren Anfang nehmen kann, an den Bürgerausschuß die Anforderung gelangen, das hinsichtlich der Wahl eines Abgeordneten zum Reichstage ihm Obliegende wahrzunehmen, auch die Namen der von ihm ernannten Wahlvorsteher und deren Stellvertreter, sowie die Wahllokale demnach öffentlich bekannt zu machen und hiervon, sowie von dem Tage, an welchem die Auslegung zu beginnen hat, den Gemeindevorständen zum Zweck der ortsüblichen Bekanntmachung Mittheilung zu machen. Dem Bürgerausschuße werden ferner Formulare des über die Wahlhandlung in den einzelnen Wahlbezirken aufzunehmenden Protokolle zugestellt, um diese Formulare den von ihm ernannten Wahlvorstehern zwecks Wahrnehmung des Erforderlichen zugehen zu lassen. Der Bürgerausschuß wird endlich aufgefordert, für die Beschaffung der erforderlichen 48 Wahlurnen Sorge zu tragen. Der Bürgerausschuß sollte als Termin für den Beginn der Auslegung der Wählerlisten Mittwoch den 18. Mai d. J. fest und beschloß ferner auf Vorschlag des Vorsitzers, dem Geschäftsvorstande die Vorbereitung der dem Bürgerausschuße obliegenden Wahlen für die nächste ordentliche Versammlung zu übertragen.

Parteigenossen, gedenkt des Wahlfonds!

Wer ist wahlberechtigt? Nach richtiger Auslegung des § 1 des Reichswahlgesetzes ist jeder Wähler, der bis zum festgesetzten Wahltag das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat. Hiernach sind also in die jetzt aufzustellenden Wählerlisten alle männlichen Personen aufzunehmen, die bis zum 16. Juni dieses Jahres das fünfundschwanzigste Jahr vollendet haben werden, also auch die vom 1. Januar bis 16. Juni 1873 Geborenen. Die Auslegung der Wählerlisten beginnt am 18. Mai.

Folgende Bekanntmachung erläßt das Polizeiamt: Im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagswahl werden diejenigen wahlberechtigten Personen, welche ihren Zuzug oder letzten Wohnungswechsel dem Meldewort bisher nicht angezeigt haben, hierdurch aufgefordert, diese Anzeige ungefümt zu machen.

Wer das Wahlrecht ausüben will in einem Wahlbezirk, so lauten die Bestimmungen, der muß in demselben, oder im Falle eine Gemeinde in mehrere Wahlbezirke getheilt ist, in einem derselben zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an einem Ort wählen. — Diese Bestimmung ist besonders wichtig für die Sachseingänger, die Nebenarbeiter, die Biegeleiarbeiter; alle diese Arbeiter haben in derjenigen Gemeinde zu wählen, in der sie zur Zeit in Beschäftigung stehen, wo sie also zur Zeit ihren Wohnsitz wenn auch nicht ihren ständigen haben. Die Parteigenossen haben die Verpflichtung, diese sogenannten Saison- oder Wanderarbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß sie in die Wählerliste ihres Beschäftigungsortes aufgenommen werden müssen.

Schwerer Unfall. Heute Vormittag ereignete sich in der unteren Poststraße ein schreckliches Unglück. Ein beim Ausschachten beschäftigter Fuhrmann brachte den Boden zur Wakenitz unterhalb der genannten Straße. Jedemfalls ist er bei dieser Arbeit der Böschung zu nahe gekommen, so daß er mit Pferd und Wagen in die Wakenitz hinunterstürzte. Während der Fuhrmann schwere innere Verletzungen erlitten hat, so daß seine Ueberführung ins Krankenhaus nothwendig wurde, sind die Pferde anscheinend mit dem Schreck davongekommen.

Sollte der schon Lübecker Luft geathmet haben? In **Gotha** ist ein bisher nicht beendeter Tischlerstreik ausgebrochen. Als Merkwürdigkeit ist zu verzeichnen, daß ein Streikbrecher um die Erlaubniß nachgehakt hat, Waffen tragen zu dürfen! Es ist ihm jedoch von der Behörde bedeutet worden, daß der Konflikt noch nicht so scharf geworden sei, daß er mit der Waffe in der Hand ausgefochten werden müsse.

Zur Beachtung für Wahlkomitees und — Wirthe. In **Leipzig** hat ein Gastwirth an die sozialdemokratische Partei eine Konventionalstrafe von 1000 Mark zahlen müssen, weil er trotz Verabredung seinen Saal nicht zu einer Versammlung hergeben wollte. Die Sache ist bis an's Oberlandesgericht getrieben worden — aber bezahlen muß der Mann doch; und das geschieht ihm recht! — Unsere Genossen aller Orten werden gut thun, sich dies zu merken.

In das Handelsregister ist am 27. April 1898 eingetragen auf Blatt 1527 bei der Firma **Simon Walk**. Die Firma ist erloschen.

Schwartau. Zur **Semler-Versammlung** darf konstatiert werden, als höchst seltenes Vorkommniß, daß die „Eisenbahn-Zeitung“ einen recht objektiven Bericht erstattet, ganz im Gegensatz zu dem „unparteiischen“ „General-Anzeiger“, welcher das Gegentheil leistet und am Amtsblatt, dessen Berichterstatter anscheinend vom Hörensagen lebt.

Schwartau. Zur **Vokalfrage.** Der Gastwirth **Vindner** hierf. hat dem Vertrauensmann unserer Partei seinen Saal zur Abhaltung von Versammlungen rundweg verweigert. Es ist also anzunehmen, daß Herr **Vindner** ohne die Arbeiter leben kann.

X Glesendorf. Brückensperre. Am 29. und 30. d. M. wird die Glesendorfer Mühlenbrücke wegen vorzunehmender Ausbesserungsarbeiten für allen Verkehr gesperrt sein.

X Entlu. In das Handelsregister des hiesigen Amtsgerichts ist zu Nr. 89 (Firma: **Eduard Hoff**) eingetragen: Die Firma ist erloschen.

X Entlu. Gesunde Gegenstände. Als gefunden sind eingeleitet: 3 **Rauel Wam**, 1 **Beißche**, 1 **Beißtrager**, 1 **Wageltulle**, 1 **Muglein**, 1 **Hut**, **Wasser**, **Wagenhülsherne**, 1 **goldener Ring**, 1 **Berelnszeichen** usw. Obige Gegenstände sind binnen 14 Tagen an dem Rathhause abzuliefern, widrigenfalls dieselben den Findern zurückgegeben werden.

Malente. Postalisches. Am 2. Mai wird in der „**Holstein. Schweiz**“, unter Aufhebung der daseibst bestehenden Posthilfsstelle, für die Sommermonate eine Postagentur mit Telegraphenbetrieb eingerichtet.

Hamburg. Wegen Aufreizung zum Ungehorsam, begangen durch eine scharfe Kritik des Schießens der Militärposten, wurde der Redakteur des „**Gen.-Anz.**“, **Dr. Bruno Wagener**, zu 150 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Hamburg. Am zweiten Ziehungstage der 7. Klasse der 313. **Hamburger Stadt-Lotterie** wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 61765 mit 5000 Mk.	Nr. 34926	46193	52719	85018
98794	108110	13000	Mk.	Nr. 769
8897	11233	13624	15772	
78425	81730	85389	87611	95589
97289	97812	101512	114461	
116756	116892	12000	Mk.	Nr. 1864
2927	4377	9445	9742	
10942	13389	15222	16161	16829
18182	18243	19043	20070	
20981	23073	23620	24688	24764
26037	26606	28813	29106	
28813	29106	35586	40057	40184
40225	43177	51581	59990	
61801	61901	62899	73120	79625
80059	85163	86983	87583	
88548	92167	93302	94109	100833
101376	101462	103402		
103508	104898	116994	117140	117140
1000	Mk.	Nr. 740	1690	8835
4705	8593	9075	9680	12929
15302	16018	18126	19398	21815
21430	22186	24387	27088	27951
33530	33886	34207	35559	
35025	39896	40787	43235	46952
48055	48530	48687	48893	
49805	50123	50591	54007	57941
58450	60340	60487	61741	
64020	65335	66069	67805	67390
67469	67760	68171	69258	
69469	69993	70533	71302	72504
72569	76226	76940	78317	
79808	80153	81890	83088	86957
88760	90456	91720	92805	
93251	94542	95010	95933	99159
100465	100985	103354	103845	
104542	109714	109923	110652	112110
112393	113257	116873		
116982	116141	117664	117375	117877
1400	Mk.			

(Ohne Gewähr.)

Elmhorn. In der letzten Sitzung der städtischen Kollegien wurde, weil der sozialdemokratische Stadtverordnete **Götttsche** als Mitglied des Kuratoriums der Realschule von der Regierung in Schleswig nicht bestätigt worden, **Stadtv. Junge** an seine Stelle gewählt. Auf Anfrage des **Stadtv. Göttsche**, weshalb er nicht bestätigt worden, erwiderte der Bürgermeister, weil die Regierung durch die Zeitung erfahren, daß **Göttsche** ein offener Anhänger der Sozialdemokratie sei, was auf eine Anfrage hin vom Magistrat bestätigt worden sei. **Stadtv. Buddag** meinte, daß sei kein Grund. **Stadtv. Krause** fragte, ob es gegen dieses Verfahren einen Beschwerdeweg giebt. Der Vorsitzende erwiderte, eine Beschwerde beim Minister werde wohl nutzlos sein. **Stadtrath Hansen** und **Stadtvorordnetenvorsteher Schinkel** erklärten, mit dem Stadtverordneten **Göttsche** im Kuratorium zur Zufriedenheit zusammengearbeitet zu haben, sie könnten nichts über ihn sagen. Der Antrag **Buddag**, Beschwerde zu führen, wurde darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Moskau. Das Recht, öffentliche Wählerversammlungen abzuhalten, steht jetzt, nachdem vom Kaiser die Reichstagswahlen ausgeschrieben sind, jeder politischen Partei, auch in **Mecklenburg**, frei. Für die Zeit bis Beendigung der Wahlen sind die einengenden Bestimmungen der mecklenburgischen Gesetz über politische Vereine und politische Versammlungen vom 27. Januar 1851 und vom 2. Mai 1877 außer Wirksamkeit gesetzt; denn die Berechtigung zu Vereinen und Versammlungen, welche die Vorbereitung zu Reichstagswahlen bezwecken, beruht auf § 17 des Reichswahlgesetzes, und das Reichsrecht bricht Landesrecht.

Die Parteigenossen dürfen also jetzt in allen Orten zur Betreibung der Reichstagswahlen Wahl-Vereine oder Wahl-Komitees bilden und in geschlossenen Räumen öffentliche Versammlungen veranstalten, ohne daß hierzu eine ministerielle oder polizeiliche Genehmigung erforderlich wäre. Nur eine Verpflichtung zur Anzeige besteht; und zwar muß bei Wählerversammlungen mindestens 24 Stunden vorher der zuständigen Polizeibehörde vom Einberufer gemeldet werden, wo und wann die Versammlung stattfinden soll. Es kann dies mittelst folgenden Schreibens geschehen:

Der Polizeibehörde (oder dem Großherzoglichen Amte) zu theile ich mit, daß zum Betrieb der auf dem 16. Juni d. J. anberaumten Reichstagswahl eine öffentliche Versammlung auf (Tag, Datum, Stunde) in das Haus (Vokal) des Herrn einberufen habe. Ich beantrage, mir eine Genehmigung über die erfolgte Anmeldung der Versammlung auszustellen.
 Der Einberufer:
 (Name).

Die Polizeibehörde hat die Bescheinigung über die Anmeldung sofort auszustellen; diese Bescheinigung hat der Einberufer aufzubewahren und sie auf Verlangen den Polizeibeamten vorzuzeigen, welche zur Ueberwachung der Versammlung abgeschickt werden.

Zuständig für die Anmeldung von Versammlungen ist in den Städten das städtische Polizeiamt (der Bürgermeister oder der Polizei-Senator), in den Domanialdörfern das Großherzogliche Amt (und nicht etwa die Schulzen!), in den ritterschaftlichen Dörfern der Gutsherr.

Im mecklenburgischen Gesetz vom 22. Mai 1877 heißt es, daß von den Versammlungen, welche Wahlberechtigte auf Grund des oben angeführten § 17 veranstalten, alle diejenigen ausgeschlossen sind, welche das Wahlrecht nicht besitzen, also z. B. alle Frauen, alle jungen Männer unter 25 Jahren. Diese Bestimmung steht unseres Erachtens im Widerspruch mit jenem § 17; denn derselbe

fehlt gar keine Grenzen darüber fest, wer die Versammlung besuchen darf, sondern nur darüber, wer sie veranstellen darf. Wenn es sonach auch durch das Reichswahlgesetz durchaus nicht Frauen und jüngeren Männern verboten ist, an dergleichen Versammlungen sich zu beteiligen, so rathen wir den Parteigenossen dennoch, über diesen Punkt einem Konflikt mit der Polizei auszuweichen und die Versammlung nur als „Wähler-Versammlungen“ zu bezeichnen; es könnte sonst zur Ausübung der betreffenden Versammlung kommen und damit wäre deren agitatorische Wirkung gefährdet. Sollte der überwachende Polizeibeamte dies verlangen, so mag der Einberufer bei Eröffnung der Versammlung auch gern noch ausdrücklich darauf hinweisen, daß nur Wähler eingeladen seien, und alle nicht wahlberechtigten Personen zum Verlassen des Saales auffordern.

Wo Wahlvereine oder Wahl-Komitees gebildet werden, da ist es erforderlich, Statuten des Vereins, das Namensverzeichnis der Mitglieder und des Vorstandes binnen drei Tagen nach Stiftung des Vereins der Polizeibehörde einzureichen; sollte, was jedenfalls überall der Fall sein wird, ein Wahl-Komitee sich keine besonderen Statuten machen, so reicht man natürlich nur das Mitglieds-Verzeichnis ein.

Diese Bestimmungen wollen die Parteigenossen bei der Wahlagitatio beachten, sich im Uebrigen aber irgend welche Beschränkungen nicht auferlegen lassen, welche vielleicht hier oder da eine übereifrige Polizeibehörde versuchen möchte. So giebt es zum Beispiel keine gesetzliche Bestimmung, wonach an bestimmten Tagen, sei es an Sonntagen oder kirchlichen Festtagen, Wählerversammlungen nicht stattfinden dürfen. Im Gegentheil, wann diese

Versammlungen stattfinden sollen, sei es am Vormittag, am Nachmittag, am Abend oder in der Nacht, das hängt ganz allein vom Belieben der Veranstalter ab.

Sollte irgendwo eine gefehlwidrige Einmischung erfolgen, so ist hiervon sofort Mitteilung an den sozialdemokratischen Vertrauensmann des betreffenden Wahlkreises zu machen, damit die Verletzung des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen und die unter solchen Umständen etwa zu Stande gekommenen Wahlen von „Ordnungs“-Kandidaten im Wege des begründeten Wahlprotestes mit Erfolg angefochten werden können.

Wir ersuchen unsere mecklenburgischen Genossen, sich Obiges recht genau einzuprägen und diese Bestimmungen auszuscheiden und aufzubewahren.

Teterow, Patriotisch. Da die ausständigen Maurer an dem ihnen von den Meistern gefetzten Tage die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, sollen nach den Meldungen bürgerlichen Wätker, für sie zunächst 100 italienische Maurer eingestellt werden. Ein gutes Agitationsmittel gegen diejenigen, welche die „vaterländische Gesinnung“ in Erbpacht zu haben vermeinen.

Oldenburg (Großh.). Zur Wahlbewegung. In Hinrichs Lokal in der Reitenstraße fand Montag Abend eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Wählerversammlung statt. Dieselbe war von etwa 300 bis 350 Personen, zumeist Arbeitern, besucht. Es referirte der Reichstagskandidat Paul Hug aus Pant über die bevorstehende Reichstagswahl. In fast zweistündiger Rede sprach derselbe über die bei der bevorstehenden Wahl hauptsächlich zu berücksichtigenden Fragen und die Stellung der hier in Betracht kommenden Parteien dazu. Eingehend beschäftigte derselbe sich mit der

freisinnigen Volkspartei und ihrer Haltung gegen die Reaction wie gegen die Arbeiter. Den jammelblonden Dr. Semler, Kandidat der Nationalliberalen und Bündler, nagelte er gebührend ob seiner Doppelzüngigkeit betreffs seiner Stellung zum allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht fest. Unter der Erörterung der Versammlung stellte Redner der neulichen Erklärung Semlers in den „Nachrichten f. St. u. L.“, daß er kein Gegner des allgemeinen Wahlrechtes sei, dessen Auslassung in der Versammlung des Reichvereins zu Hamburg vom 26. November 1895 gegenüber, wofolbst er gesagt hat:

„Uns praktischen Männern (damit war er und die Mitglieder des Reichvereins gemeint. D. Red.) ist das allgemeine direkte Wahlrecht, speziell das Recht für halbreife Jungen und umherziehendes Volk durchaus kein Heiligthum.“

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 27. April

Der Schweinehandel verlief flau. Zugeführt wurden 600 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 48-50 Mk., leichte 50-52 Mk., Sauen 40-45 Mk. und Ferkel 40-51 Mk. pr. 100 Pfd.

See-Berichte.

D. „Dora“, Kapl. Brehmer, ist am 26. April, Nachmittags, in Danzig angekommen.
D. „Jris“, Kapl. Haggblom, ist am 26. April von hier in Albo angekommen.
D. „Dansa“, Kapl. Schmalzfeldt, ist am 26. April von Albu auf hier abgegangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Störungen sich auf unser Blatt zu berufen.



Am Dienstag den 26. April, Mittags 2 Uhr, starb plötzlich und unerwartet meine innig geliebte Frau und meiner Kinder liebevolle Mutter Elisabeth im 25. Lebensjahre. Tief betrauert und schmerzlich vermisst von mir, meinen Kindern, Eltern nebst Familie. A. Heise.

Die Beerdigung findet am Sonnabend Morgen 10 Uhr vom Trauerhause, Fischergrube 83, aus statt.

Zu verm. z. 1. Juli 1 leeres heizb. Zimmer an eine alleinlebende Frau

Wadenismauer 196.

Gesucht zu sofort ein älteres Mädchen, das einen kleinen Hausstand führen kann und außer dem Hause schläft.

Näheres Fischergrube 21, 1. Et.

Zu verkaufen ein guterhaltener Kinderwagen, schirm mit oder ohne Korb

Waisenhofstraße 13a, 1. Et.

Zugelassen am 24. April ein kleiner Hund mit Steuerzeichen 1126. Abzuh. gegen Injektionsgebühr

Ludwigstraße 56.

Alfred Braun, Goldschmied,
St. Petri-Kirchhof 3,
Reparatur Werkstatt.
Anfertigung von Trauringen in kurzer Zeit.

Empfehle meinen **Rasir-, Frisir- und Haarschneide-Salon.** Auch sämtliche Haararbeiten werden billig angefertigt.
J. Lau, Danzigergrube 89.

Drucksachen
in Buch- und Steindruck (Vithographie) werden gut und sehr billig angefertigt bei
L. Schmidt, Lübeck, Schüsselbuden 4.

Die vorzügliche **Margarine** aus der Fabrik von **Klatt & Dittmann Hamburg** bildet den besten Ersatz für Naturbutter. Fast überall zu haben!
General-Vertreter: **Leopold Dose** Lübeck, Breitestr. 3.

Frisch gebrannten **Coffee** per Pfund 80, 100, 120, 140 Pfg.

Prima loses **Coffee-Surrogat** per Pfd. 40 Pfg. empfiehlt **Rud. Kracht, Raged. Allee 40.**

Durch Zufall eine Partie **Matjesheringe** in guter Qualität, 3 Stück 10 Pfg. empfiehlt

Heinrich Koop, Marktvierte 4.

Otto Sinnenwold, Lübeck Fackenburg Allee 1 empfiehlt

Schürzen aller Art, von den einfachsten bis zu den hochlegantesten, zu sehr billigen Preisen.

Corjets, neueste Facons, in allen Größen vorrätzig.

Weißer Damenhemden von 85 Pfg. an.

Große weiße Taschentücher, das Duzend Mk. 1,80.

Schwarze wollene u. baumwollene Damen- u. Kinderstrümpfe in allen Preislagen.

Sandshuhe in allen Farben und Größen, sehr billig.

Süßliche Kattune zu Kleidern, das Meter 40 Pfg.

Waschechte Blandrucke, das Meter 45 Pfg.

Barchend und Baumwollstoffe, das Meter 50 Pfg.

Dampfbäckerei Hansa, Lübeck.

Halte meine Fabrikate:

Schwarz- u. Feinbrot, sowie Corinthenbrot,

täglich frisch, bestens empfohlen.

Breitestraße 22, vis-à-vis dem „Lübecker Hof“.

Süßstraße 26.

Mühlentstraße 42, bei Herrn Schmachtel, und

in der Fabrik, Peterstraße 1 (Mühlenthor)

Hochachtungsvoll J. C. D. Junge.

Auf Wunsch lasse ich wöchentlich 2 Mal vorfragen. D. O.

Gasthaus Zum Travestrand

Moisling.

Zur Maifeier am Sonntag den 1. Mai

halte allen Festtheilnehmern meine Lokalitäten bestens empfohlen.

Für gute Biere, Caffee etc.

habe bestens gesorgt.

Zum Besuche ladet freundlichst ein

H. Böttcher.

Caffeehaus Moisling.

Zum 1. Mai

empfehle mein Lokal allen Theilnehmern bestens.

Für ff. Bier, Caffee und sonstige Getränke

wird bestens gesorgt.

Achtungsvoll

H. Schreiber.

Miethe-Quittungs-Formulare

sind zu haben in der

Expedition des Lübecker Volksboten.

Pa. Kalbfleisch Pfd. 30 Pfg.

Hiefiges Schweinefl. Pfd. 60 Pfg.

Pa. Queenfleisch Pfd. 50 Pfg.

empfiehlt:

W. Strohheldt

73 Glockengießerstraße 73

Herbstfang-Flohm-Heringe

en gros - en detail

empf. Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Die Möbeltischlerei von G. H. Busch

Alsterstraße 21

empfiehlt ihr Lager von selbstverfertigten

Möbeln, Spiegeln und

Polsterwaren

zu billigen Preisen.

Folker's Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25

gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und Polsterwaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

In größter Auswahl! Zu den allerbilligsten Preisen!

kauft eine jede Dame ihren Sommerbedarf in

Hüten

bei

D. Wagner

25 Holstenstr. 25.

Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Arbeiter-Garderoben, Hemden, Rajen, bessere Herren- und Knaben-Anzüge, Hüte, Mützen

empfiehlt billigt

Rud. Kracht, Raged. Allee 40.

Auf Abzahlung gegen Anzahlung nach Uebereinkunft verkaufen wir:

Mobilien

Spiegel

Polsterwaren.

Ganze Wohnungsbeurichtungen

ebenfalls auf Theilzahlung

zu billigsten Preisen.

Bei comptanter Zahlung 4% Rabatt.

H. Prüssmann & Sohn

Inh.: Martin Prüssmann

23 Marlesgrube 23.

NE. Gebrauchte Mobilien werden event. in Gegenrechnung genommen.

Zur Erinnerung! Sanitäts-Verband der freien Hilfsklassen Lübecks.

General-Versammlung am Freitag den 29. April

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Vorlegung der Abrechnung vom 1. Quartal 1898.

2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Speise-Halle Hansa

Mengstraße 24. (Mittagstisch v. 11 1/2-2 U.) Freitag: Milchsuppe, Fricadellen, Kartoffeln, Sauce, Gurken.

Chronik auf das Jahr 1848.

28. April.

In Schleswig-Holstein kam es zwischen den preussischen Soldaten und den Freischauern häufig zu Fraktionen, auch waren die Freischaren den preussischen Führern keineswegs sympathisch. Sie wurden nach Londern beordert und trafen hier am 28. ein. Am nächsten Tage wurde ihnen durch ihren Führer, Major von der Lann, mitgeteilt, daß das Generalkommando befohlen habe, die Freischärler auf ihren Wunsch in die Heimath zu entlassen. Es wurde jedoch hiervon kein Gebrauch gemacht, sondern beschloffen, bei der Fahne zu bleiben.

29. April.

In Preussisch-Polen war es, nachdem Willen abgerufen war, mehrfach zu Zusammenstößen zwischen den Insurgenten und dem Militär gekommen. In dem den Polen gestatteten Lager von Kions sollen sich die Polen viele Angriffe gegen die dort wohnenden Deutschen und Juden erlaubt, Deutsche gefangen gehalten oder ermordet haben. Nachdem von preussischer Seite vergeblich Remedur verlangt worden war, wurde der Ort am 29. durch preussisches Militär gestürmt, wobei ein großer Theil des Ortes verbrannte.

Italien. Der Papst, der sich in einer zwiespältigen Lage fühlte, suchte sich aus der Verwickelung mit Oesterreich zurückzuziehen. Er hielt an diesem Tage im Kardinalkollegium eine Anrede, in der er erklärte, daß der Kirchenstaat sich nicht an dem Kriege gegen Oesterreich beteiligen könne, da der Papst, entsprechend den Pflichten seines Amtes, alle Völker und Nationen mit gleicher väterlicher Liebe umfasse. Er schloß mit der Mahnung an die Völker, im Gehorsam zu verharren. In Rom entstanden in Folge dieser Erklärung Aufregung und Tumulte. Der Papst mußte sich zu einem Briefe an den Kaiser von Oesterreich entschließen, in dem die Freigebung der Lombardie gefordert wird. Auch blieb die päpstliche Armee auf dem Kriegsschauplatz in Oberitalien.

Jahresbericht des Arbeitersekretariats Stuttgart.

Das Arbeitersekretariat Stuttgart, das seit März vorigen Jahres besteht, eine Schöpfung der vereinigten Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Landesorganisation, hat kürzlich seinen die ersten zehn Monate seiner Thätigkeit umfassenden Jahresbericht herausgegeben. Derselbe läßt nicht allein erkennen, wie ungemein nützlich ein solches von den Klassenbewußten Arbeitern selbst in's Leben gerufenes, unterhaltenes und verwaltetes Institut für die arbeitende Bevölkerung und die wirtschaftlich Schwachen überhaupt ist, er ist auch für weite Kreise interessant durch die darin niedergelegten Erfahrungen und an dieselben geknüpften Belehrungen, Winke und Ermahnungen des Arbeitersekretärs, Genossen Agster, dessen Thätigkeit als „Volkstribun“ wir das beste Zeugniß ausstellen können. Eine Reihe derselben mögen hier in Kürze Erwähnung finden.

In der Rubrik „Allgemeines“ wird mit Nachdruck hervorgehoben, daß es eine offenbare Thorheit ist, bei Streitigkeiten auf dem Gebiete der Unfall- oder Invaliditäts- und Altersversicherung die Hilfe eines Rechtsanwalts in Anspruch zu nehmen, da diese Fälle fast durchweg „nach Lage der Akten“ entschieden werden, und

die mündliche Verhandlung gegenüber dem vorliegenden schriftlichen Material eine ganz untergeordnete Rolle spielt; abgesehen davon, daß viele Rechtsanwälte auf diesem Gebiete mehr oder weniger schlecht beschlagen sind.

Unter „Gewerbliche Streitigkeiten“ wird den Arbeitern dringend empfohlen, bei kündigungslöser Entlassung oder Kündigung unter der gesetzlichen Frist diese Entlassung oder Kündigung ja nicht stillschweigend entgegenzunehmen, sondern ausdrücklich zu erklären, daß man unbedingt auf der gesetzlichen Kündigungsfrist beharrt, da anderenfalls das Stillschweigen leicht als Einverständnis gedeutet wird, wodurch es dem Arbeiter sehr erschwert wird, mit einer späteren Schadenersatzklage durchzubringen.

Von der Krankenversicherung erklärt der Verfasser auf Grund seiner Wahrnehmungen, daß selbst dieses verhältnismäßig am besten aufgebaute unter den Sozialgesetzen noch zahlreiche Mißstände aufweist, welche beweisen, daß das Verhältniß von Kapital und Arbeit, weit entfernt von der oft behaupteten Harmonie, oft in den größten Disharmonien ausläuft. Vor Allem sei es jenes schmutzige Gebahren mancher Arbeitgeber, an den Versicherungsbeiträgen dadurch zu sparen, daß man Arbeiter geraume Zeit beschäftigt, ohne sie anzumelden, oder auch sie abzumelden, auch wenn sie noch wochenlang beschäftigt werden. So besonders im Baugewerbe auf dem platten Lande. Den Schaden haben natürlich die betreffenden Arbeiter bei eintretender Erkrankung, zumal es nicht wenig Krankentassen giebt, welche die Ansprüche Nichtangemeldeter rundweg ablehnen, was übrigens durchaus ungesetzlich ist. Der Arbeiter, betont der Verfasser, hat nicht erst durch seine Anmeldung bei der Krankenkasse, sondern schon durch den Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung Anspruch an die Leistung der betreffenden Kasse und es ist Sache der letzteren, den Regreßweg gegen den säumigen Arbeitgeber zu beschreiten.

Den Arbeitern wird dringend aus Herz gelegt, sich an den Wahlen für die Verwaltung, deren Ausfall unter Umständen für die Arbeiterinteressen von nicht geringerer Bedeutung sein kann, wie Kommunal- oder Landtagswahlen, eifrigst zu beteiligen.

Zu den meisten und schärfsten kritischen Bemerkungen gab die Unfallversicherung Anlaß. Von Lobrednern der Sozialgesetzgebung, sagt der Bericht, werde besonders dieser Theil der Sozialgesetzgebung überschwänglich gefeiert und die große Opferwilligkeit der Unternehmer gerühmt. Ja, wenn nur diese gewaltigen Summen auch in Wirklichkeit den Arbeitern und Arbeiterinnen zu Gute kämen! In Wirklichkeit aber wird ein sehr beträchtlicher Theil von dem komplizierten Verwaltungsmechanismus verschlungen und ein weiterer für das umständliche, erhebliche Kosten verursachende Verfahren aufgewendet, während andererseits bei Festsetzung der Entschädigung für verunglückte Arbeiter von vielen Berufsgenossenschaften mit kaum glaublicher Schabrigkeit und Knauerei verfahren wird. — Die auf diesem Gebiete zu Tage tretenden Mängel und Schäden sind zum Theil auf die ungenügen-

den, lächerlichen gesetzlichen Bestimmungen selbst zurückzuführen. Hierher gehört die schroffe Unterscheidung zwischen Unfällen im Betrieb und außerhalb desselben, welche letztere keinen Anspruch auf Unterstützung haben. So werden Unfälle, die sich auf dem Gang in's oder vom Geschäft ereignen, nicht berücksichtigt. Besonders die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften verstehen es, mittels dieser Unterscheidung sich um ihre Pflichten herumzudrücken.

Scharf geteilt der Bericht die empfindende Saumseligkeit im Geschäftsgebahren zahlreicher Berufsgenossenschaften, die einen Verunglückten zur Verzweiflung bringen können. Häufig mußte sich das Sekretariat beschwerdeführend an das Reichsversicherungsamt wenden; das hilft zwar gewöhnlich, aber bis die Beschwerde ihre Erledigung findet, verfließt eben wieder geraume Zeit.

Streng geht der Bericht mit jenen Vertrauensärzten in's Gericht, deren Zahl nicht gering, die bei Abgabe ihrer Gutachten in einseitigster Weise nur das Interesse der Berufsgenossenschaft im Auge haben und über Humanität und Objektivität sich schroff hinwegsetzen. Mit dem bisherigen System der Vertrauensärzte sei daher nothwendig zu brechen; entweder müßten die ärztlichen Sachverständigen vom Staat statt von den Berufsgenossenschaften angestellt werden, oder es müßte ein anderer Modus gefunden werden, der verhindert, daß die Ärzte einen Anlaß haben, Partei zu ergreifen zu Ungunsten verunglückter Arbeiter.

Noch bitterer äußert sich der Bericht über die famosen „Mentenquetschen“ (Medikomechanische Institute) und sagt: „Angesichts der hundertfachen Wahrnehmungen, die wir seither über den Charakter und Werth dieser Institute zu machen in der Lage waren, stehen wir nicht an, zu erklären, daß es kaum etwas Unnützeres, Unzweckmäßigeres und Verfehlteres geben kann, als diese Einrichtungen.“

Der 40 Seiten umfassende Bericht ist von der Aufsichtskommission, Abt. Otto Wosner, Böblingerstraße 44, Heßlach - Stuttgart, zum Preise von 5 Pfennig zu beziehen.

Aus Nah und Fern.

Wegen Beleidigung eines Amtsrichters wurde die Ehefrau des Schriftstellers Plac-Bodgorzki zu Friedrichshagen vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin I zur Verantwortung gezogen. Sie hatte gegen eine Beschlagnahme-Maßregel des Amtsrichters Ede zu Köpenick Beschwerde erhoben und in dieser die Wendung angebracht: „Ich bitte, den Waschtisch, der für jeden zivilisirten Menschen mit Ausnahme des Vorderrichters — und das ist merkwürdig bezeichnend für diesen — ein unentbehrlicher Gegenstand ist, freizugeben.“ Der Amtsrichter Ede fühlte sich hierdurch beleidigt. Die Angeklagte bestritt, die Absicht einer Beleidigung gehabt zu haben, und versicherte, daß sie in der Erregung über ein ihr nach ihrer Meinung ihr zugefügtes Unrecht die Beschwerde niedergeschrieben habe, ohne über die Tragweite des unter Anklage gestellten Satzes nach-

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.
Von C. Spindler.

(22. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„O des leichten, wandelbaren Bluts!“ scherzte Fiorilla: „Ihr könntet mein Landsmann sein. Arme Esther! Bei solchem Flatterfuss wird Dein Gedächtniß schwinden, früh oder spät, wenn ich's gleich heute vor aller Gefahr zu schützen so glücklich war.“

„Ihr bereut den Dienst doch nicht, den Ihr dem Judenmädchen erwiesen?“ fragte lächelnd Dagobert: „Ihr, die Nichten . . . die Freundin eines rechtgläubigen Prälaten? Wahrhaftig, ich muß Eure Duldung bewundern, die Kirche, Gesetz und des Böbels Eigensinn verdammen.“

„Seider!“ erwiderte Fiorilla feuzend: „Ihr möchtet leichtlich staunen, eine Wälsche, welche die Madonna verehrt, also sprechen zu hören. Vielleicht wird Euch jedoch meine Hinnigung zu der liebenswürdigen Esther erklärlicher, wenn ich Euch sage, daß ich keineswegs aus Cesena, sondern aus dem Ghetto zu Rom stamme, meine Eltern früh verlor, und durch die Milde Eures Ohms in die Bekehrte verwandelt wurde.“

Dieses überraschende Geständniß kitzelte Dagoberts Zwergefell aufs neue und heftigste. „Hoho!“ rief er lachend wie ein Berrücker: „kann denn auf dem Brocken in der Walpurgisnacht einem Hexlein etwas Tolleres begegnen, als mir? Es grenzt ans Märchenhafte. Ich liebe eine Südin und meine Schwester, und meine Vertraute ist eine Neugekaufte! Nein, ich muß mich los-sagen von solchen Banden, damit mir's nicht ergehe, wie den höhmischen Rehern, und darum guten Abend holdes Heidenkind!“

Schnell hatte er einen Fuß auf Fiorillas Wange gepreßt, und polterte lachend die Treppe hinunter. Unter der Pforte rannte er an seinen heimkehrenden Oheim, der

ihn, Dank sei es der Dämmerung, nicht erkannte, aber durch ein halb ängstliches: „Wer da! wer seid Ihr?“ festzuhalten dachte. „Ein Rabbiner, der von Euch belehrt sein möchte!“ brummte der Spottvogel im tiefsten Register, schob den Staunenden beiseite, und entsprang.

Achtes Kapitel.

Weihnachtsfreude, Weihnachtslust;
Deffnet legend jede Brust!
Nacht, die unsern Herrn geboren,
Zur Versöhnung ausdretoren —
Du vereinst, die sich haßen,
Daß sie ihren Groll verlassen.
Doch, wie nur dein Damm verweht,
Schnell die Schlange neu ersticht:
Und sie fliehn mit scheuem Bangen,
Die sich freundschaftlich kaum umfassen?
W.

So wie der Meistersänger, dem es vergönnt ist, vor großer Gesellschaft seine Kunst zu zeigen, nachdem er die Ohren seiner Zuhörer mit den sanften Gefängen der Minne mit schwärmerischen Balladen und Klagen den Liedern ergötzt hat, — auf einmal aus der weichen Tonweise in die harte unspringt, und die Saiten rührt zum fröhlichen steirischen und ungarischen Tanz, und eine Melodei nach der andern aufspielt, bis das junge Volk das Morgenroth herbeigestampft hat; . . . also war Dagobert rasch und leicht seiner zufälligen Schwermuth enthoben, und schwamm wieder — mit Gerhards zu reden wie ein lustiges Fischlein auf trüglischer Lebensfluth, unbesorgt vor Strubeln und Abgründen. Wie ein Fuchs um die schlau erspähte Falle im weiten Bogen von dannen schleicht, also schlich er um Wallradens Haus, und war seelenfroh, daß sie ihm nicht wieder begegnete. Alle unfriedlichen Auftritte seiner Jugend waren ihm lebhaft vor's Gedächtniß getreten, und er konnte sich der ärgerlichen Dummheit schelten, daß er sein Schwesterlein schön gefunden, sie, die wie eine böse Niye ihm alle Freude verdorben hatte, von jeher. An Esther dachte er freilich oft mit Sehnsucht und stillem Behagen, aber . . . war sie nicht fern von ihm? nicht auf ewig von ihm

getrennt? Darum schüttelte er alle Sorge von sich, und lebte mit den Lebendigen, mit den Fröhlichen, deren Viele damals zu Costniz versammelt waren.

Vergebens meißerte ihn sein Ohm mit aller Strenge, vergebens überhäufte ihn der Erzbischof von Ravenna mit vielem unnützen Geschreibsel zum Behuf der vorzubereitenden Sessionen; demüthig hörte er Monsignors Rede an, geduldig, aber schnell, that er die Arbeiten des Kardinals ab; doch, war sein Nacken, sein Ohr wieder auf einige Stunden frei, so sah man ihn alsobald im Kreise munterer Freunde. Sein ernstes Kleid war überall willkommen, weil der Schalk, der gutmüthige Schalk darunter verborgen war; die Frauen und Dirnen der besten Geschlechter sammelten sich um ihn, den freundlichen Sänger, den fertigen Lautenspieler, den erfinderischen Märlein schmied. Die Männer schätzten in ihm den geübten Reiter, den erfahrenen Waldmann und Falkenbrücker, und den unverzagten Jecher. Die Geselligkeit schmückte ihn mit ihren besten Kränzen, und seine Laune wuchs wie Pappel in wälschem Boden, schnell und hoch, daß bald in der ganzen Stadt von nichts anderem gesprochen wurde als von Junter Fröschleins Schwänzen. — „Recht so!“ sagte ihm einst sein Gönner, Herzog Friedrich, „was ich von Euch höre gefällt mir wohl. Der Most muß brausen, der Durst austoben, vorab, wenn er in die härne Rutte schlüpfen soll. Wie lange dauert's, dann werden Eures Ohms Geschäfte allhier geendet und Ihr gemüthigt sein, ihm über die Berge zu folgen, hinter denen deutsche Ehrlichkeit das letzte Paternoster betet. Dann werdet Ihr werden müssen wie sie alle sind, aber wenigstens aus dem Vaterlande die Erinnerung einer kräftig freien Jugend mit Euch ins Grab nehmen, an dem Euch ohnehin keine Lieben nachweinen dürfen. Laßt Euch drum nicht stören in Eurer Freudigkeit, so lange sie neben Sitte und Zucht bestehen mag, und hütet Euch nur vor lästernen Weibern. Einen Haus- und Kernfluch verzeiht der liebe Gott, eine Ohrfeige im Streiten ist kein Todtschlag, ein Raufsch besser als ein Fieber; aber der Ruf einer falschen Delia stellt wahrlich eine scharfe Schere

judenten. Der Staatsanwalt beantragte 50 Mk. Geldbuße. Der Gerichtshof hielt der Angeklagten, gegen die bei ihrer völligen Taubheit nur mit Hilfe eines Lehrers für Schwerhörige verhandelt werden konnte, ihre begreifliche Erregung zu Gute und verurtheilte sie nur zu 10 Mark Geldstrafe.

Nur immer gemüthlich! Sein Amt ohne Mandat ausgeübt hat mehr als sieben Monat hindurch der Stadtrath Gery in Charlottenburg. Sein Mandat war nach der „Charl. N. Btg.“ bereits am 15. Septbr. v. Js. abgelaufen, ohne daß der Magistrat dies bemerkt hatte. Auch jetzt wäre man noch nicht darauf gekommen, wenn nicht der Stadtrath Gery selbst daran erinnert hätte, daß seine Amtszeit schon längst abgelaufen sei. Herr Gery wird jetzt als einer der Kandidaten für die im nächsten Monat von den Stadtverordneten Charlottenburgs vorzunehmenden Wahlen unbesoldeter Stadtväter genannt.

Vom russischen „Gefreund“. Ein trauriger Zwischenfall hat sich an der russischen Grenze im Tilsiter Kreise ereignet. Der Sohn eines daselbst wohnenden Besitzers war in der Nacht auf dem Heimwege begriffen, wobei er in der Dunkelheit den richtigen Weg verfehlte und sich in unmittelbarer Nähe der Grenze auf russisches Gebiet verirrt, wo er von einem Grenzsoldaten angehalten wurde. Der junge Mann, der der russischen Sprache nicht mächtig ist, hat nun den Soldaten fußfällig um Schonung seines Lebens. Dieser jedoch beachtete die Bitten nicht, trat vielmehr wenige Schritte zurück, schoss auf den vor ihm knieenden Menschen und verwundete denselben schwer. Der Unglückliche wurde auf einem Leiterwagen, in Betten verpackt, nach dem Kreislazareth in Tilsit gebracht, wo er fast hoffnungslos darniederliegen soll. — Leider sind solche Vorfälle, in denen preussische Staatsangehörige von den russischen Grenzsoldaten mißhandelt oder gar verwundet werden, nicht selten. Man kann im Laufe jedes Jahres eine ganze Reihe solcher Fälle zusammenstellen. Es scheint aber, als ob es der preussischen Regierung nicht möglich sei, bei dem befreundeten Rußland eine Aenderung der schauerhaften Zustände an der Grenze herbeizuführen. Nach Haiti schickt man Kriegsschiffe, aber nach Rußland — ja, Bauer, das ist ganz was Anderes!

Ein unternehmender Liebhaber. Dieser Tage trug sich in Rom ein artig Stücklein zu. In einem kleinen Cafe in der Nähe des Hauptbahnhofs fuhrn zwei elegante Herren vor, die einen großen Koffer mit sich führten und baten die Besitzerin des Caffees, eine junge und schöne Wittve, den Koffer bis zum Abend aufzubewahren. Die Wirthin, die an solche Besuche gewöhnt ist, sagte zu, und der Koffer wanderte an das Buffet. Nach 10 Uhr pflegt das Caffee geschlossen zu werden; die Wirthin wartete bis 11 Uhr, bis halb 12 Uhr, aber die Deposition des Koffers meldeten sich nicht. Da erschien ein Stammgast des Caffees, der sich wunderte, daß heute so lange offen gehalten würde, und fragte nach dem Grunde der Verspätung. Die Wirthin zeigte auf den Koffer und erzählte, was sie wußte. Unterdessen untersuchte der Hund des Stammgastes das geheimnißvolle Reisegepäck und begarn laut zu bellen. Die Wirthin erschrickt. Man ruft die Polizei. Diese kommt und schnüffelt mit wichtiger Amtsmiene um den großen Kasten herum. Schon will sie Gewalt gebrauchen, als sich der Deckel des Koffers öffnet und ein eleganter Jüngling sich der stauenden Gesellschaft zeigt. Es war ein verschämter Liebhaber,

vor, die Manneskraft und Simonshaar mit einem Schnitte schändet. Deshalb erkreut sich auch unser allergnädigster Kaiser einer werdenden Glanz, und sein Leidschmerz hat bereits, wie man vernimmt, alle Mühe, den Uebelstand durch künstliche Verflechtung des Haupthaares zu verbergen.“

Dagobert schwieg, lächelte aber im Stillen über den leidenschaftlichen Spott, der — im Uebrigen dem biederem Gemüthe des Habsburgers gänzlich fremd — beständig vorleuchtete, sprach er von Sigismund. Der Herzog fuhr indessen schmunzelnd fort: „Der gnädigste Herr wird, wie es verlautet hat, heute oder morgen zu Costnitz einreiten. Ein kluger Gedanke. Die Weihnachtsfeier wird uns hernach den Heiland der Christenheit bringen. Die friedensstiftende Majestät wird ihren Einzug halten, da man in den Kirchen singt: In dulci jubilo! — Es thut mir leid,“ setzte er rasch abbrechend hinzu, „daß ich zum Empfang des Herrn Satteldecke und Steigbügel putzen muß, sonst fände ich wohl noch Gelegenheit, mich länger mit Euch zu unterhalten, mein guter Dagobert.“ — Der Letztere verstand diese schon so manches Mal vorgekommene Beurteilung, welche immer auf die steigende Galle des Herzogs deutete und entfernte sich auch alsobald.

Da er jedoch heraustrat auf die winterlich beschneite Gasse, über die der dunkelblaue Himmel soeben seine ersten Sterne heraushing; da er über den Markt schritt, wo in Hütten von Holz und Segeltuch allerlei Spielwerk und Bekerei feilgestellt wurde zur Freude der Kinder, die am heiligen Abend damit beschenkt werden sollten, einer heiteren Sitte gemäß; — da wich in ihm die Erinnerung an des Herzogs Worte dem mächtigeren Gedächtniß der fernen Heimath und der entschwundenen Jugendjahre. Denn sie war wirklich herangekommen, die frühliche Weihnachtszeit, der lichte Stern am trüben winterlichen Himmelzelt, das gemüthliche Fest; eines von denen, die die heitere Kette schlingen um Haus- und Kirchenaltar, das bürgerliche

der sich auf diesem ungenöthigten Wege ein Streuergemisch mit der spröden Wirthin verschaffen wollte. Nach einer gefunden Strafpredigt wurde der unternehmende Seladon entlassen.

Ausbruch des Vesuv. Der Vesuv ist seit einigen Tagen wieder in lebhafter Thätigkeit und bietet ein Schauspiel dar, das äußerst selten zu beobachten ist. In der Nacht auf den 10. April ist ein Theil der südlichen Kraterwand in die Tiefe des Kraters hinuntergestürzt und hat den Krater verstopft. Diese abgestürzten Gesteinmassen sind durch die vulkanische Gluth in Glühhitze versetzt worden und brennen in meterhohen grünen und blauen Flammen. Rauch und Lava suchen mühsam mit unterirdischem Rollen ihren Weg durch den verschütteten Krater. Sobald ihnen dies gelungen ist, schlagen die Flammen aus dem Innern des Berges 50 Meter hoch empor, bis nachströmendes Gestein die Spalte wieder zuschüttet.

Der geprügelte Onkel. Ein ergötzliches Jbühl aus dem sibirischen Bauernleben erzählt der „Sibirski Westnik.“ Zwei Bauern aus Almoiskiel, Onkel und Nefte, welche beide dem Alkohol bis zum Ueberfluß zu fröhnen liebten, kamen endlich hinter die enorme Schädlichkeit desselben und beschloßen kurzer Hand, sich von seinem Einfluß frei zu machen. Zu dem Zweck schloßen sie einen schriftlichen Kontrakt, in welchem sie festsetzten, daß, wenn einer von ihnen wieder einmal zum Branntwein greifen würde, er verpflichtet wäre, dem anderen 10 Rubel Strafe zu zahlen und außerdem sich von ihm fünfundszwanzig Prügelhiebe auf einem gewissen Körpertheil ertheilen zu lassen. Als aber die frühliche Zeit der Butterwoche kam, als alles ringsumher, Alt und Jung voller Vergnügen in reichem Maße vom Branntwein trank, konnte sich der arme alte Onkel nicht halten und brach sein Enthaltensgelübde. Seine gestrenge Gattin aber suchte slogs den schriftlichen Kontrakt hervor und bat nun ihren Nefen, in höchst eigener Person an ihrem zuverlässigen Ehegemahl die für einen solchen Fall vereinbarte Strafe zu vollstrecken. Die 10 Rubel zu zahlen aber weigerte sich indessen der Onkel, weswegen der erzürnte Nefte die Sache vors Gericht brachte mit dem Bemerken, daß der andere Theil des Kontraktes in Gegenwart von Frau und Kindern des Sünders gewissenhaft und feierlichst vollzogen worden sei. Ob dieser öffentlichen Erklärung fühlte sich nun wieder der Onkel ganz plötzlich in seiner Ehre und Würde gekränkt, da die nette Geschichte schnell die Runde um die ganze Stadt machte und er vielfach der Gegenstand heiteren Gespöttes wurde. In seiner Rathlosigkeit kam er auf den Gedanken, nun seinerseits den bösen Nefen wegen persönlicher Beleidigung und wegen Vergewaltigung gerichtlich zu belangen. Der zur Verantwortung gezogene Nefte bewies aber, daß er bloß den Kontrakt erfüllt habe. Von einer Beleidigung könne nicht die Rede sein, da er seinen Onkel nicht ins Gesicht geschlagen habe! Im Gegentheil! Auch bezogenen Frau und Kind des Gefraßten, daß die Prügelstrafe unter der Einwilligung des Straffälligen erfolgt sei. Er selbst hatte sich gutwillig auf die Bank gestreckt. Niemand hielt den Geprügelten, als er seine Schläge empfing, die Kinder aber zählten die Hiebe. Dem Friedensrichter blieb es erspart, einen Wahrspruch fällen zu müssen, da sich beide Parteien vor Gericht versöhnten. (Wahrscheinlich haben sich dan beide aus Freude einen gehörigen sibirischen Affen getrunken.)

Junger Schneidig! In einem Briefe aus Kiau-tschou vom 5. März schreibt der Seesoldat Martin aus Nach an ein habisches Blatt: „Wir fühlen den Mangel

Leben mit dem Glauben an ein Göttliches, an ein Jen-seitiges verbinden.

Eine freundliche Wehmuth, die man gern und gastlich in den Busen aufnimmt, weil ihre Bein lebensstärkenden Balsam bereitet, bemerkschte sich der Brust Dagoberts und was alle Ermahnungen seines geistlichen Schirmvogts nicht vermocht hätte, brachte sie zuwege. Der junge Mann schloß sich in sein Gemach, fern vom Geräusche der Welt und sangte an den Blumen der Erinnerung. Sein redlich Herz drängte ihn, diese goldene Zeit seiner Knabenjahre zu feiern, wie es einem wackern Jüngling zustehet. Wie beklagte er es, daß ihm die Mittel nicht beschieden waren, das Glück eines Menschen zu gründen. Wie bedauerte er, daß er keinen Todfeind wußte, den er hätte versöhnt in die Arme schließen können! — Da fiel ihm plötzlich seine Schwester Wallrade ein, gegen die der beinahe vergeßne Groß wieder neu in seinem Herzen aufgelaedert war.

„Ja“, rief er nach kurzem Bedenken, „ich will ihr die Hand zur Entrecht bieten und das feindliche Verhältniß in ein freundliches umgestalten und also den Christtag würdig begehen. Dazu helfe mir Gott und Ethers Gedächtniß; das Andenken des lieben, aber unglücklichen Mägdeleins, der die Segnungen unseres Glaubens und seine erhebensten Feste unbekannt sind!

In seinem Stübchen brachte er die Stunden zu, bis der Weihnachtsabend sich still und kalt herniedergesenkt hatte über Stadt und See. Nun litt es nicht mehr im engen Hause. — Das Geräusch des kaiserlichen Einzugs, der am Tage stattgefunden hatte, war nicht vermögend gewesen, ihn seiner Einsamkeit zu entreißen. Der kalten Nacht gelang es und verhußt, wie ein Geist, schritt er nach dem Mauerdamm, an dessen Grundfeste die Wellen des Bodensees brausend anschlugen, des Frosts spottend, der bisher fruchtlos verucht hatte, ihnen Eisfelsen anzulegen. Des Jünglings heitrer Blick schweifte über das dunkle deutsche Meer nach den Gebirgen des Appenzells, die in ihren Schneegewändern wie riesige am Himmel ge-

an denen in voll anzugeth, denn wir haben immer an Hängematten, welche wir vom Schiff mitgenommen haben, sie besteht aus zwei Wolldecken, einer kleinen mannsbreiten und mannslangen Matratze und der Segeltuchmatte. Wir sind alle Abend froh, wenn wir Verbindung mit der Hängematte haben, denn wir haben am 22. März Vorstellung und werden deshalb ordentlich „gebimt.“ Doch genug jetzt von dem. Ich muß wieder auf Wache ziehen. Ich will Euch nur noch kurz mittheilen, daß wir am letzten Sonntag einen bedauernswerthen Unglücksfall mit ansehen mußten. Nämlich ein Gefreiter hatte sich mit mehreren Kollegen betrunken an dem elenden Schnaps, den es hier giebt. In ihrem Dusef zog einer von ihnen das Seitengewehr und erstach einen alten, wehrlosen Chinesen. Der Mann bekommt für seine scheußliche That zehn Jahre Zuchthaus und geht mit dem nächsten Transport nach Rbln am Rhein. Die übrigen erhalten je ein Jahr Gefängniß wegen großer Trunkenheit in einer Feindesstadt.“

Soziales und Partei-Leben.

Eine schwere Niederlage haben die Christlich-Sozialen, und gleichzeitig unsere Parteigenossen einen großen Sieg zu verzeichnen. Die Handlungsgesellen waren bisher die einzige Schicht von Arbeitern und Angestellten, auf die sich die sonst rein kleinbürgerlichen Christlich-Sozialen verlassen konnten, sie bildeten den Kern der antisemitischen Organisation, ihrem Gehilfenobmann Aymann mußte deshalb auch ein Reichstagsmandat verlitzen werden. Seit Montag ist dies anders; die feste Burg der Christlich-Sozialen ist von unseren Parteigenossen trotz der unerhörten Wahlpraktiken des Christlich-sozialen Gemeinderaths gesprengt. Bei der Wahl des Gehilfenausschusses der Handlungsgesellen haben die Sozialdemokraten ihren Kandidaten für die Obmannsstelle, Genossen Bick, mit 4415 Stimmen gegen den Christlich-Sozialen Reichstagsabgeordneten Aymann, der seit 9 Jahren Gehilfenobmann war, gewählt. Aymann erhielt 3614, der deutschnationale Kandidat 454, der Liberale gar bloß 80 Stimmen. — Der Sieg der Christlich-Sozialen bei den Reichstagswahlen aus der allgemeinen Klasse wird sich nicht noch einmal wiederholen. Mit den rastloser Aufklärungsarbeit zu dankenden Fortschritten unserer Partei verbreitet sich die Erkenntniß unter der Bevölkerung über den wahren Charakter der korrupten und klerikalen Christlich-Sozialen. — Die Erregung bei der Wahl war außerordentlich groß, die Christlich-Sozialen wußten, um was es sich bei dieser Wahl handelte. Zusammenstöße und zahlreiche Verhaftungen werden gemeldet.

Literarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist uns soeben die Nr. 9 des 8. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Maifeier, Kampfesjahr. — Die Konferenz der österreichischen Sozialdemokratinnen. Von Adelheid Popp-Wien. — Aus der Bewegung. — Die Stellung der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zu den Wahlen. — Notizenheft von Lily Braun und Klara Zetkin: Soziale Gesetzgebung. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1898 unter Nummer 2970) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 66 Pfg., unter Kreuzband 85 Pfg.

lagerte Geister und Weltwächter herabsahen auf die stolze Bischofsstadt.

Alle Glocken des Thurgaus, des Gallenstifts und der schwäbischen Ufer sangen ihr feierliches Lied über des Sees Spiegelfläche, auf welcher das wandelnde Mondbild dahin glitt, wie eine Silberscheibe auf ebener Eisbahn. „Gelobt seist du, Nacht des Heils,“ sprach Dagobert mit demjenigen erhebenden Gefühl, das das einfachste Menschenwort zum Gebete stempelt: „Vor länger denn tausend Jahren brachtest Du uns den Glauben, schöner und sanfter als der Mondstrahl, der Dich heute erhellst. Aber noch jetzt, so oft Du wiederkehrst, senkt sich Friede und Freude in die elendeste Hütte, wie in die stolzeste Fürstentum der ganzen Christenheit. Du milde Nacht, den Unschuldigen hold und ein erföhnter Gast, schenke auch mir den Frieden, Deinen Begleiter. Schenke ihr dereinst Dein gnadenvolles Licht, ihr, die noch im Dunkel wandelt, damit ich jenseits sie wieder sehen mag, mit der hienieden keine Vereinigung mir erlaubt ist. Denke das Herz Derer, die mich hassen, zur Liebe und Veröhnung und mache alle diejenigen glücklich, die mir fromm auf dem Lebenspfade ihre Hand bieten!“

Eine Thräne zitterte im Auge des Betenden; er schämte sich ihrer nicht. Sein Herz war beklommen, aber nur von ruhiger süßer Wonne. Keiner Schuld sich bewußt, kehrte er in die Stadt zurück, wo die Menge durcheinander wogte, wie am hellen Mittage. Alle Fenster waren hell erleuchtet; in dem erbärmlichsten Häuslein brannte ein kümmerliches Licht. Ueberall, wo Kinder sitzen daheim war, ragten dunkle Tannenbäume empor, mit den Früchten des Herbstes geschmückt und mit schwankenden Kerzen, die sich auf den Zweigen wiegen, wie die Blüthen des Waldes. Festlich geziert alle Stuben, Mohnklöße und Bekereien auf jedem Tische, Entzücken in jedem Kinderauge, wonnevoller Dank zum Höchsten in jedem Vater-, in jedem Mutterblicke.

(Fortsetzung folgt.)